ShareCast Folge 12

Daten teilen und „die“ Politik

Moderation: Marlin Mayer [Sprecherin 1] und Eneia Dragomir [Sprecher 2]

[Atmo Jingle]

[Opening]: Herzlich Willkommen zu ShareCast, dem Podcast rund ums Datenteilen. Wer teilt Daten mit wem? Warum? Wie? Wie nicht? Und welche neuen Wege gibt es?

[Opening] Herzlich Willkommen zu ShareCast, dem Podcast rund ums Datenteilen. Wer teilt Daten mit wem? Warum? Wie? Wie nicht? Und welche neuen Wege gibt es?

[O-Ton, Friedrich Merz]: „Die tektonischen Verschiebungen, die wir zurzeit auf der Welt erleben – in den politischen und in den ökonomischen Machtzentren – erfordern schnelles Handeln im digitalen Raum. Denn die Fragen der Zukunft, sie werden überwiegend auch im digitalen Raum entschieden. Wir sehen die systemische Rivalität der USA und Chinas, zweier Großmächte, auch zweier Digital-Großmächte, die um die Technologieführerschaft ringen. Europa darf ihnen dieses Feld nicht überlassen.“

[Sprecherin 1]: Bundeskanzler Friedrich Merz, den wir gerade hörten, macht in seiner Rede beim Digitalgipfel im November 2025 unmissverständlich klar: die Ausgestaltung des digitalen Raumes ist eine politische Aufgabe – dazu eine, die europäisch zu lösen ist. Europa darf, so Merz, das digitale Feld nicht Großmächten wie den USA oder China überlassen, sondern muss im Digitalen souverän werden. Aber wieso eigentlich genau? Was ist auf dem Weg, hin zur digitalen Souveränität alles zu beachten? Wie will sich die europäische Digitalpolitik in Zukunft ausrichten? Und: Welche Rolle spielen dabei aktuelle Gesetzesvorschläge und Verfahren wie der sogenannte Digital Omnibus für neue Intermediäre?

Das alles wollen wir uns in unserer zwölften Folge von ShareCast genauer ansehen. Wir nehmen also politische Spannungsfelder in den Blick, in denen sich das Datenteilen derzeit bewegt.

Mein Name ist Marlin Mayer, ich bin Philosophin und arbeite an der TU Darmstadt. Gemeinsam mit meinem Kollegen Eneia Dragomir leite ich Euch und Sie durch unsere heutige Folge.

[Sprecher 2]: Hallo, und ich bin Eneia Dragomir, ich bin Wissenschaftsredakteur am ZEVEDI.

Das Teilen von Daten, dies haben wir in unseren bisherigen Folgen schon heraushören können, ist ein rechtliches, ein technisches und ein

organisatorisches Thema. Es ist aber auch ein politisches. Aber *warum genau* ist Datenteilen ein politisches Thema und wie haben sich die Diskussionen im politischen Umfeld im Laufe der vergangenen Jahre dazu verändert? Hören wir dazu Jan Philipp Albrecht, Co-Vorstand der Heinreich-Böll-Stiftung, der als EU-Parlamentarier für die Grünen und als Minister in Schleswig-Holstein lange Jahre mit den Themen Daten und Digitalisierung befasst war:

[O-Ton, Albrecht]: „[Z]u Beginn dieser technologischen Entwicklung haben wir gedacht: ‚Gut, da ist also ein Telefon und mit dem kann ich […] eine SMS schicken und geteilt wird eigentlich das, was da drinsteht. Aber, dass dahinter ein Prozess steht, in dem ganz viele Informationen geteilt werden, damit diese Technologie funktioniert und dass das mit dem Internet natürlich noch komplexer geworden ist und vor allen Dingen natürlich dann mit Plattformdiensten, die unglaublich viele Rahmeninformationen über Verkehrsdaten, bis hin eben zu den Algorithmen und deren Basis in verschiedenen Informationen. Dass das unglaublich viele Informationen sind, die wir gar nicht aktiv teilen, diese Erkenntnis, die hat sich erst mit der Zeit durchgesetzt. Und deswegen war Anfang und lange Zeit eben etwas Naivität da, […], weil einem nicht klar war, was es eigentlich heißt, wenn ein Unternehmen zum Beispiel oder auch eine Behörde über mich alle Metadaten, alle Verkehrsdaten besitzt, in denen letztendlich nur irgendwelche Zahlen drinstehen und man sich fragt, was wollen die denn damit bloß anrichten?‘“

[Sprecher 2]: Und Michael Kolain, Head of Policy am Zentrum für Digitalrechte und Demokratie in Berlin, Jurist und Policy Advisor, der auch in der Wissenschaft und im Deutschen Bundestag als Fraktionsreferent unter der Ampelregierung gearbeitet hat, meint:

[O-Ton, Kolain]: „Der Umgang mit Daten in unserer Gesellschaft war lange Zeit durch die normative Kraft des Faktischen geprägt. Es gab keine klaren rechtlichen Vorgaben dafür, wie man Daten teilen und weitergeben kann. […] Das heißt, lange Zeit blieb es Privaten überlassen, wie sie mit Daten umgehen, wie sie Daten austauschen und es gab keine gesetzliche Absicherung dafür. […] [E]s war einfach eine lange Zeit so, dass die Person oder Entität, die [die] Daten vorliegen hatten, damit nach freiem Ermessen verfügen konnte. Es gab keine technischen Schutzmaßnahmen, es gab keine wirklichen rechtlichen Vorgaben, sondern wer die Daten hatte, konnte sie verarbeiten. Und dadurch haben sich dann sehr große Akteure mittlerweile, vor allem die großen Plattformen gebildet, die den ganzen Internet-Traffic über ihre Struktur leiten.“

[Sprecher 2]: Zum Beginn des Internets wie auch zur Zeit der Anfänge von „Big Data“ war der digitale Raum nicht reguliert. – Daten wurden ungehindert weitergeleitet und verarbeitet, ohne, dass die Datengebenden wussten, was sie beim Klicken, Surfen, Chatten und Co. alles teilen und wie diese geteilten Daten von Dritten verarbeitet werden können. Und: Es war noch gar nicht so klar, inwiefern der digitale Raum mit politischen Aufgaben oder sagen wir: mit politischer Verantwortung verbunden ist. Hierzu haben wir Jan Philipp Albrecht

noch gefragt, ob „das Digitale“ von der Politik zu naiv betrachtet wurde und wie das Thema Datenteilen aktuell in der Politik mit Blick auf die derzeitige geopolitische Lage aufgegriffen wird:

[O-Ton, Albrecht]: „Es steckt immer noch eine große Naivität in der Frage der Manipulation nicht nur von Einzelnen oder von Amtsträger:innen, sondern eben der Manipulation von Massen und von Bevölkerungen. Und ich glaube, das ist etwas, was jetzt sichtbar wird, wo eben bestimmte Teile in der Welt durchaus diese Instrumente, die Technologien auch nutzen, um ihre Weltsicht zum Beispiel aus Russland oder eben aus bestimmten Kreisen in den USA nach Europa zu tragen und hier entsprechend damit auch extrem politisch Einfluss zu nehmen. […]
[D]ie geopolitische Lage hat eine ganz große Bedeutung. Wenn man sich alleine anschaut, dass J.D. Vance, bevor Trump zum Präsidenten […] und er zum Vizepräsidenten gewählt wurde, schon gesagt hat: wenn […] Europäer jetzt also den DSA zum Beispiel gegenüber X durchsetz[en], dann müssen wir halt dagegen in Frage stellen, ob wir noch die Ukraine unterstützen.
Das war ja eine unmittelbare Verbindung eben dieser Durchsetzung von Digitalnormen aus Europa gegenüber den großen Plattformen in den USA mit den Verteidigungs- und Sicherheitsfragen und auch den gemeinsamen Bündnisfragen zwischen Europa und den USA. Und dadurch wird auch schon das Niveau und der Stellenwert dieser Diskussion über die Digitalisierung und die Macht auch im Digitalen sehr deutlich. Es ist also mittlerweile schon lange keine Frage mehr von irgendwelchen netzpolitischen Fragen oder dem Datenschutz allein, sondern es geht hier um Machtfragen, um politische Vorherrschaft […], um […] Beeinflussungen […] von Öffentlichkeiten überhaupt, um die Frage, wo entstehen eigentlich demokratische oder welche Öffentlichkeit auch immer. Und das muss die Politik natürlich verstehen, weil das an die Grundfesten ihrer Verfasstheit geht. Es geht an die Grundfesten, nicht nur von Demokratie, sondern von grundlegenden Verfassungsfragen, von Rechtsstaatlichkeit, ja, gar von Völkerrecht.“

[Sprecherin 1]: Ein Spannungsfeld, in dem sich die Politik in Sachen Datenteilen momentan bewegt, ist, so Albrecht, die geopolitische Lage. Globale Machtblöcke attackieren sich gegenseitig – auf der Ebene digitaler Infrastrukturen. Dazu haben wir Ronja Kemmer, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Forschung, Technologie und Raumfahrt, Digitales und Staatsmodernisierung, gefragt, welche politischen Aufgaben sie als aktive Politikerin mit dem Datenteilen verbindet:

[O-Ton, Kemmer]: „Datenteilen ist in der aktuellen geopolitischen Lage eine Frage von Sicherheit und staatlicher Handlungsfähigkeit. Wenn Behörden, Verwaltungen, aber gerade auch die Betreiber kritischer Infrastrukturen Informationen nicht schnell und sicher austauschen können, verzögern sich Entscheidungen und wir verlieren vor allem wertvolle Zeit. Das betrifft zum Beispiel Daten von Gesundheitsämtern in einer Epidemie oder auch von Stromnetzbetreibern bei Ausfällen oder von Verwaltung in Kriegs- und

Krisenzeiten. Schnelles, verantwortungsvolles Datenteil kann hier Menschenleben retten. Gleichzeitig sehen wir, wie autoritäre Staaten Daten gezielt zur Kontrolle und zur Einflussnahme nutzen. Und genau deshalb brauchen wir europäische Antworten. Mit Verordnungen wie dem Data Governance Act und dem Data Act hat die EU erstmals klare Regeln für verantwortungswürdiges Datenteilen geschaffen. Diese Regeln sorgen dafür, dass Daten genutzt werden können. Ohne dass Datenschutz, Sicherheit oder Wettbewerbsfähigkeit gefährdet werden. Unsere Aufgabe in der Politik ist es jetzt, diese europäischen Vorhaben praxistauglich umzusetzen."

[Sprecherin 1] *Überall,* wo das Teilen von Daten eine Rolle spielt, entstehen daraus politische Aufgaben. Welche Aufgaben? Das hängt letztlich auch mit dem Bereich, in dem bestimmte Datentypen geteilt werden, zusammen. Frank Niggemeier, der über viele Jahre Gesundheitsattaché Deutschlands bei der EU in Brüssel war und dann als Leiter des Referates „Ethik im Gesundheitswesen, Sachverständigenrat Gesundheit und Pflege" unter anderem am Gutachten des Sachverständigenrats „Digitalisierung für Gesundheit" von 2021 beteiligt war, gibt dabei zu bedenken: Die Politik soll die lebensweltlichen Verhältnisse, in denen Daten geteilt werden sowie die damit verbundenen Interessen der Menschen berücksichtigen und die Rahmenbedingungen für Datennutzung dementsprechend gestalten.. Das führt er mit Blick auf Gesundheitsdaten und die Arzt-Patienten-Beziehung aus, in denen in diesem Kontext die Daten geteilt werden:

[O-Ton, Niggemeier]: Interessen der Menschen müssen […] für die Datennutzung berücksichtigt werden und mein Interesse als Mensch ist es […] an Leib und Leben geschützt zu werden, meine Gesundheit soll geschützt werden. Deshalb erwarte ich ja als Patient, dass meine Daten von einem Fachmann, zu dem ich gehe [ ], ein gutes Diagnosegespräch, ein Anamnesegespräch führt, sich die Daten notiert, damit er sie beim nächsten Arztbesuch, […] wieder parat hat und er mir eben aufgrund dieser Daten sagen kann: „Sie haben wahrscheinlich dies oder jenes und wir müssen noch jene diagnostische Maßnahme fahren." […] Und ich erwarte natürlich gleichzeitig, dass der Arzt alles tut oder seine Kassenärztliche Vereinigung, dass diese Daten bei ihm optimal geschützt sind. Also früher hat man […] erwartet, dass die Karteikarten in irgendwelchen Panzerschränken weggeschlossen werden. Und jetzt müssen sie gleichsam in digitalen Panzerschränken weggeschlossen werden. Aber sie werden nicht dadurch geschützt, dass ich am Tresen des Arztes ein fünfseitiges Einwilligungsformular unterschreibe. Das schützt meine Daten definitiv nicht. Das heften die dann ab. Das ist dann ihre rechtliche Absicherung […]. Aber wenn das Praxisverwaltungssystem, was dieser Arzt hat, datentechnisch nicht gut abgesichert ist, werden durch diese fünf Seiten Einwilligungsformular meine Daten überhaupt nicht geschützt. Also da erwarte ich eben als Patient […] Datensicherheit durch technische Maßnahmen."

[Sprecher 2]: Und hier kommt – nicht nur wegen der Sicherheitsmaßnahmen, sondern auch, um überhaupt dem Datenteilen mittels geeigneter Übermittlungsformate eine gute Form zu geben, die Politik ins Spiel:

[O-Ton, Niggemeier]: Die Politik muss dann die Rahmenbedingungen dafür setzen und natürlich auch die Sanktionen aussprechen. […] Das sind keine Kavaliersdelikte. Die Gesundheitsdaten der Patientinnen und Patienten müssen gut gesichert irgendwo gespeichert werden. Aber sie müssen auch gespeichert werden. Es gibt eine Dokumentationspflicht. Da sieht man, dass wir diese Lebenswelt berücksichtigen müssen, in der Menschen sich bewegen. Hier ist es die Lebenswelt von Gesundheitsversorgung, in die ich mich freiwillig begebe. Und ich entscheide mich ja, ich gehe zum Arzt. Oder ich entscheide mich, ich setze mich ins Auto und fahre jeden Tag damit zur Arbeit. Und dann muss Politik diese lebensweltlichen Entscheidungen, die ich getroffen habe, so berücksichtigen, dass mein Interesse an guter Gesundheitsversorgung oder guter Verkehrsführung angemessen berücksichtigt werden. Und dazu braucht die Politik eben die Daten anonymisiert, pseudonymisiert, aber sie braucht sie."

[Sprecher 2]: Ob es sich um Gesundheitsdaten handelt oder um Daten aus anderen Bereichen: Politikbeobachtende sowie Politikerinnen und Politiker sind sich darin einig, dass Daten einerseits innovationstreibend sind, dass es andererseits aber doch klare Rahmenbedingungen für das Teilen von Daten in den jeweiligen Bereichen braucht. Und irgendwie auch mehr Anreize. Naheliegende Rahmenbedingungen sehen beispielsweise Anonymisierungs- und Pseudonymisierungstechniken vor, wie es die Datenschutzgrundverordung (DSGVO) tut. Das schafft Vertrauen, ist aber eher ein Mehraufwand. Damit Unternehmen einander Daten geben, muss überdies noch viel mehr geschehen. Und selbst die Voraussetzungen dafür, dass Behörden Daten zur Verfügung stellen, müssen politisch geschaffen werden. Idealerweise muss *ein* Rahmen für eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen gefunden werden. Sowohl die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern als auch wissenschaftliche und wirtschaftliche Interessen gilt es also, unter einen Hut zu bringen.

[O-Ton, Kemmer]: „Verwaltungen müssen in die Lage versetzt werden, Daten rechtssicher und auch effizient zu teilen und auch Unternehmen brauchen klare Rahmenbedingungen, um Daten für Innovationen wie KI oder Industrie 4.0 nutzen zu können. All das dient am Ende auch dazu, dass Verwaltung schneller wird, dass wir Krisen besser bewältigen können und dass Innovationen überhaupt noch entstehen. Wenn wir klare Linien und praxistaugliche Verfahren schaffen, dann stärkt Datenteilen nach europäischen Regeln unsere digitale Souveränität und macht Deutschland und Europa widerstandsfähiger."

[Sprecherin 1]: Im Politischen Diskurs zum Thema Daten Teilen sehen wir vor allem eins: Die Lage ist komplex. Zwar wurde auf europäischer Ebene mit Digitalgesetzen wie dem DGA, DMA, DSA und der DSGVO wichtige Grundsteine

für ein sicheres und vertrauenswürdiges Datenteilen gelegt, aber mit der Steuerungswirkung dieses Gesetzespaketes ist die Politik noch nicht zufrieden. Aktuell läuft in Brüssel ein Angleichungs-Verfahren, der sogenannter „Digital Omnibus" – „Omnibus" ist Latein und meint „für alle". Man versucht, die verschiedenen Digitalgesetze, weil sie doch noch viele Fragen offen, besser aufeinander abzustimmen, damit sie sich in ihrer Wirkung nicht blockieren. Michael Kolain, sagt dazu Folgendes:

[O-Ton, Kolain]: „Der Digital Omnibus ist angekündigt als der Versuch, verschiedene Digitalgesetze, die die Europäische Union herausgebracht und verabschiedet hat, […] miteinander besser in Einklang zu bringen, sie zu vereinfachen und sie auch ein Stück weit zurückzustutzen an Stellen. […] Es ist erst mal sinnvoll, zu schauen, wie interagieren eigentlich diese Gesetze alle miteinander. Denn die sind alle [zu] unterschiedlichen Zeiten entstanden, die haben teilweise verschiedene Definitionen. Es ist unklar, wie die tatsächlich ineinandergreifen in der Praxis. Und es ist noch kein rundes Ding."

[Sprecherin 1]: Und Frank Niggemeier erläutert:

[O-Ton, Niggemeier]: „[D]er Digital Omnibus ist ein Gesetzgebungsvorschlag der Kommission, der jetzt in die Beratung geht im Europäischen Parlament und Rat, und nach meinen über 10 Jahren Erfahrung als Mitarbeiter der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der EU in Brüssel, kann ich Ihnen sagen: Es ist noch nie ein Kommissionsvorschlag so aus Rat und EP rausgekommen, wie er reingekommen ist."

[Sprecher 2]: Hier hören wir erneut Kritik am Steuerungsvermögen des Gesetzgebers heraus. Jan Philipp Albrecht formuliert das drastisch:

[O-Ton, Albrecht:]: „In jedem Fall kann man aber sagen, dass die Politik hier zu kurz springt. Das heißt also, aus dem Druck, der entstanden ist, dass man natürlich sagt, es gibt ganz viele Baustellen, die noch ungelöst sind und unbeantwortet sind. Und die man hätte beantworten müssen, nämlich z.B.: Wie kann die Kommunikation zwischen Datensubjekten, also Verbrauchern und Verbraucherinnen und Unternehmen, auf der anderen Seite besser funktionieren? Über die Frage: Wie möchte ich eigentlich, dass mein Datenschutz bearbeitet wird? […] Es wäre eine wichtige Aufgabe der Politik, das zu beantwortet. […] Aber die Politik ist im Moment nicht in der Lage, grundlegende Entscheidungen, größere Reformen über den Berg zu bringen. Gerade im Europäischen Parlament sehen wir, dass die Mehrheiten nicht mehr da sind, aufgrund auch der starken Präsenz von rechten und europaskeptischen Parteien im Parlament. Dadurch weicht man davor zurück, will aber trotzdem natürlich irgendwie zeigen, dass man einerseits noch handlungsfähig ist und andererseits auch bestimmte Entlastungen zum Beispiel schafft für diejenigen, die besonders belastet sind, zum Beispiel von bürokratischen Auflagen. Und deswegen hat man diese Omnibusregulierung versucht, in der also an Symptomen herumgedoktert wird und kleine

kosmetische Veränderungen dann vollzogen werden, bei denen man weder weiß, was sie überhaupt an Entlastung bringen, noch welche Gefahren sie wiederum mitbringen für Missbrauch und möglicherweise eben Fehlentwicklungen. Und das ist unklug."

[Sprecher 2]: Mit Blick auf das Gesundheitswesen ist Frank Niggemeier nicht ganz so skeptisch. Aber er fordert, die Datenweitergabe mutiger zu erleichtern:

[O-Ton, Niggemeier]: „[D]a wäre es meines Erachtens ethisch geboten, Regelungen zu vereinbaren in diesem Digital Omnibus, die die verantwortliche Nutzung von Daten zum Wohl des einzelnen, zum Beispiel Patienten oder […] der Allgemeinheit, also Steuerung des Gesundheitssystems, Bettenbedarf, Forschungsbedarf, also Regelungen, die diese verantwortliche Nutzung von Daten zum Wohl der Menschen ermöglichen, sogar auch erleichtern, das fände ich wichtig. Und zugleich, und das ist natürlich der Spagat, den dieser Digital Omnibus schaffen muss, und dahin muss er entwickelt werden, das ist ja bis jetzt nur ein Vorschlag, zugleich müssen die personenbezogenen Daten durch seine Regelung, also durch die Regelung des Digital Omnibus vor missbräuchlichem Zugriff, besser geschützt werden, möglichst besser als bisher. Und da sehe ich vor allen Dingen die informationstechnologische Dimension. Die Dokumentation wirklich des Zugriffs und gleichzeitig den Missbrauch informationstechnologisch identifizierbar und staatsanwaltlich verfolgbar zu machen und letztlich auch den festgestellten Missbrauch mit erheblichen Sanktionen zu ahnden. Letzteres ist dann mehr Sache der Mitgliedstaaten, da würden wir jetzt in Details der EU-Gesetzgebung kommen."

[Sprecherin 1]: Für neue Intermediäre, also Datenvermittlungsdienste wie Datentreuhänder ist der Data Governance Act „DGA" ein besonders wichtiges Gesetz. Mit dem DGA wollte die Politik ja innovative Formen der Datenweitergabe und eine neue „Daten-Marktdynamik" stimulieren. Was bedeutet der aktuelle Umbau der Digitalgesetze für Datentreuhänder, die sich bislang in ihrer Ausrichtung auf Ausführungen des DGA fokussiert haben?

[O-Ton, Kolain]: „Aus meiner Sicht kommen diese Änderungen zu früh, denn der DGA ist erst vor Kurzem in Kraft getreten. Es entstehen jetzt langsam erst diese Modelle und wir haben es eben sehr lange mit einer Datenindustrie zu tun gehabt, die eben nicht Datentreuhänder als relevante Infrastrukturebene gesehen haben, sondern die wollten möglichst die Daten unbearbeitet in möglichst großem Umfang, um sie dann möglichst unreguliert, für was auch immer sie wollen, verarbeiten zu können. Es ist deswegen auch ein Stück weit zu spät gekommen mit diesem Gesetz, weil die Marktpraxis im Prinzip gar keine Treuhänder vorgesehen hat, um diese vermittelnde Schicht und diesen Vertrauensvorschuss auch zu ermöglichen, den Nutzerinnen und Nutzer brauchen. Und die Nutzer:innen haben sich daran gewöhnt, dass es eigentlich so eine Zwischenschicht überhaupt nicht gibt und haben sich ein Stück weit daran gewöhnt, dass ihre Daten einfach weiterfließen oder dass die Geräte, die sie nutzen, überhaupt nicht darauf programmiert sind ohne Weiteres, dass die

Daten minimalisiert nur weitergegeben werden. Das heißt, das ist eine sehr tiefgreifende Änderung, die der DGA vorgenommen hat."

[Sprecherin 1]: Für das vom deutschen Wissenschafts- und Technologieministerium geförderte Kompetenznetzwerks Datentreuhandmodelle unterstreicht auch Professorin Petra Gehring von der TU Darmstadt die Bedeutung des DGA:

[O-Ton, Gehring]: Dieses Gesetz folgt einem wirklich interessanten Grundgedanken der Politik. Man sollte nur nicht erwarten, dass es in wenigen Jahren Wunder bewirkt. Man muss ihm Zeit geben. Es hat einen wichtigen Experimentierraum eröffnet – insofern hoffe ich auf eine nur behutsame Fortentwicklung. Wir brauchen weiterhin einen Rahmen zur Entwicklung von Alternativen zu klassischen Plattformen.

[Sprecherin 1]: Welche Rolle können Datentreuhänder nun in dieser Gemengelage spielen? Das erläutert abschließend Michael Kolain:

[O-Ton, Kolain]: „Ich glaube, dass da eben die Politik und auch der Gesetzgeber und auch die Ministerien ein Interesse daran haben sollten, solche Dinge zu verstetigen. Ich glaube nicht, dass wir allein die Marktkräfte darüber entscheiden lassen sollten, ob Datentreuhänder auf Dauer sich halten. Denn sie haben ja einen im Kern gemeinwohlorientierten Bezug. Sie sagen: Ihr als Datentreuhänder dürft nicht diese Daten kommerziell weiterverarbeiten. Und da sollte es Modelle dafür geben, dass sich diese Datentreuhänder, die sich gebildet haben, fortbestehen können. Da gibt es wahrscheinlich viele Möglichkeiten, sei es steuerlich, die ganz gemeinnützig anzuerkennen, sie durch Förderungen zu unterstützen, aber sie tatsächlich auch einfach politisch zu unterstützen. Bislang sehe ich, dass die Politik zu sehr Big-Tech-Narrativen nachrennt und diese wiederholt, statt wirklich zu sagen: Leute, wir haben jetzt hier Datentreuhänder, wir haben eine Möglichkeit, mit euren Daten gut umzugehen, bitte nutzt die und geht darauf zu. Also die politische Unterstützung ist aus meiner Sicht sehr, sehr gering und in den Reden sollten diese Aspekte viel stärker hervorgehoben werden als das nächste Google-Rechenzentrum irgendwo auf der grünen Heide."

[Sprecher 2]: Mit dem Teilen von Daten werden also politisch große Hoffnungen verbunden: Von effizienteren Abläufen bei Verwaltungen über die Verbesserung von Gesundheitsangeboten bis hin zu wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Innovationen. Doch wie man das Teilen von Daten mit den Mitteln der Politik *wirklich* erleichtert, bleibt eine schwierige Frage. Der Gesetzgebungsprozess in Brüssel fährt quasi auf Sicht, er funktioniert ein Stück weit experimentell. Das sehen wir an den verschiedenen Digitalgesetzen, die als Gesamtpaket, wie Michael Kolain gesagt hat „noch kein rundes Ding" sind. Wir sehen es aber auch an aufwendigen Verfahren wie dem Digital Omnibus - und an der Diskussion darüber, *wann* denn nun der richtige Zeitpunkt ist, zum Nachsteuern. Brauchen die Märkte und die Marktinnovationen einen schnell

agierenden Gesetzgeber oder brauchen sie Ruhe? Datentreuhänder wie Datengebende haben jedenfalls den Wunsch nach Rechtsklarheit. Und natürlich sollen Gesetze „greifen“, also die Wirkungen erzielen, die man sich von ihnen erhofft – etwa das Setzen von Anreizen zur Entwicklung neuartiger Datenvermittlungsdienste wie Datentreuhänder es sind. Ob sich durch den Digital Omnibus hier nun mehr Klarheit in Rechtsfragen einstellt? Derzeit ist das noch eine offene Frage.

[Sprecher 2]: Das war‘s für heute von ShareCast. In der nächsten Folge schauen wir uns an, was das Teilen von Daten mit Vertrauen zu tun hat. Wem oder was vertrauen wir eigentlich beim Teilen von Daten und wodurch kommt dieses Vertrauen zustande?
Mehr Infos zum Thema und weiterführende Links finden Sie in den Shownotes zur Folge.
Mein Name ist Marlin Mayer…

[Sprecherin 1]: Und ich bin Eneia Dragomir. Danke für‘s Zuhören und bis zur nächsten Folge.

[Atmo Jingle]: ShareCast - der Podcast rund ums Datenteilen

This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0. To view a copy of this license, visit https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/